

Nur der Wille zählt?

Anmerkungen zum Frauen*streik – von Yanira Wolf*

In Zeiten, in denen einer das individuelle Grenzen-Ziehen von allen Seiten empfohlen wird, liegt vielen das gemeinsame (und viel wirkungsvollere)

express
Zeitung für Betriebs- und
sozialistische Gewerkschaftsarbeit

Neinsagen gar nicht mehr so nahe. Yogakurse und einfach öfter mal »auf sich selbst achten« stehen hoch im Kurs, sie sollen die Selbstwahrnehmung stärken – und darin steckt individuelles Emanzipationspotential. Dies rüttelt aber nicht an den krankmachenden Rahmenbedingungen und lässt die Möglichkeit, sich mit Verbündeten dagegen aufzustellen, in weite Ferne rücken. Für diesen Perspektivwechsel scheint es nun Unterstützung zu geben: In vielen Ländern sind durch massenhafte Proteste queerfeministische Themen wieder verstärkt auf der Agenda. Eine historisch erprobte und jetzt erneut gewählte Aktionsform ist: »Wir Frauen streiken!«. Das bundesweite Bündnis Frauen*streik ruft auch in Deutschland zum kollektiven feministischen Streiken am internationalen Frauen*tag (8. März 2019) auf.

Zum bundesweiten Vernetzungstreffen des Bündnisses kamen im November 2018 an die 300 bis 400 Menschen – Einzelpersonen oder VertreterInnen aus bereits bestehenden lokalen Streikbündnissen aus vielen verschiedenen Orten Deutschlands. Für die Perspektive des Artikels ist es relevant, dass der überwiegende Teil der Anwesenden in einer queerfeministischen Szene verankert und der Altersschnitt vielleicht zwischen 20 und 30 Jahren zu liegen schien. Zudem gehe ich von einem überwiegend studentischen Milieu aus.

Ihr Anliegen ist die deutliche Verschärfung der Proteste gegen die Diskriminierung von Frauen und queeren Personen. Sie positionieren sich dabei explizit anti-rassistisch, anti-kapitalistisch und ökologisch. Sie vertreten eine intersektionale Perspektive, d.h. sie fordern die Anerkennung der unterschiedlichen Positionen und Perspektiven von Frauen ein. Zudem zielt der Streikaufruf nicht allein auf die Niederlegung der Lohnarbeit – auch die private, unentlohnte Haus- und Sorgearbeit soll an diesem Tag verweigert werden. Denn vollkommen richtig ist, wenn wir Frauen streiken, steht die ganze Welt still! Erst dann werden wir einen wirklichen Generalstreik erleben!

Das Bündnis erhält seit seiner Gründung Anfang des Jahres 2018 erfreulich viel mediale Aufmerksamkeit, und die hohe TeilnehmerInnenzahl bei dem Bündnistreffen lässt Großes hoffen. Jedoch scheint mir, dass hier eine Chance vertan wird, dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, breite gesellschaftliche Bündnisse aufzubauen und über die queerfeministische Szene und die radikale Linke hinaus zu wirken.

Diese Einschätzung beruht einerseits auf dem eigenen Erleben des genannten bundesweiten Treffens, verstärkt sich aber weiter durch das bisherige (mediale) Auftreten.

Ich werde im Folgenden deshalb eine solidarische Kritik formulieren. Dabei rücke ich zum einen das Verhältnis des Frauen*streiks zum Streik in der Lohnarbeit und zum anderen – und damit verbunden – das Verhältnis des Bündnisses zur real existierenden Gewerkschaftsbewegung in den Blick. Im Sinne einer langfristigen gegenseitigen Lernbewegung möchte ich zudem mit Hinweisen zu gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der Bewegung beitragen, als deren Teil ich mich selbst betrachte.

Konkrete Kritik

Es verwundert insbesondere, dass der Blick auf die eigene soziale Zusammensetzung nicht zum Überdenken der Herangehensweise und (Aktions-)Form(en) führt. Hier scheint der selbst genannte intersektionale Anspruch von hinten aufgepälm, denn bei einem bereits konstituierten Bündnis mit einer gesetzten Agenda ist die (thematische) Offenheit begrenzt und die BündnispartnerInnensuche läuft Gefahr, instrumentell zu werden. Wie dezentral frau auch arbeiten möchte – der Rahmen ist bereits gesetzt.

Um hier auf die Klassenperspektive einzugehen: Eine ebenbürtige Zusammenarbeit mit lohnabhängigen, insbesondere proletarischen Frauen würde bedeuten, im Vorfeld mit organisierten Frauen an der Agenda zu arbeiten. Da die am stärksten verbreitete Organisationsform von lohnabhängigen Frauen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist, bedarf es zudem einer komplexeren Wahrnehmung »der« Gewerkschaften, ihrer Handlungslogiken und -möglichkeiten.

Eine solidarische Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich organisierten Frauen bedarf in diesem Sinne weniger der Forderung nach Streikaufrufen als des Blickes auf die Strömungen und Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Für diese Ausrichtung bedarf es auch einer kulturellen Annäherung und gemeinsamer Zeit zur gegenseitigen Vermittlung von Wissen. Ein solches Vorgehen könnte z. B. dazu führen, die eigenen Bestrebungen darauf zu richten, betriebliche Strukturen zu unterstützen oder zu schaffen, die es lohnabhängigen Frauen ermöglichen, in ihrer Sache selbst zu führen.

M. E. würde dies höchstwahrscheinlich die Themen-, Strategie- und Aktionswahl des aktuellen Bündnisses herausfordern. Der Artikel plädiert daher auch für eine andere Herangehensweise und möchte hierfür mögliche gewerkschaftliche Ansätze einbringen.

An der Ausrichtung des zweitägigen Treffens in Göttingen irritiert daher, dass der Großteil der Zeit für das gemeinsame Formulieren eines Aufrufschreibens genutzt wurde. Ziel war, dieses im (sehr breit definierten) Konsens zu verabschieden. Dadurch stand deutlich die politische Positionierung und weniger die Vermittlung von (Rechts-)Wissen, Strategiediskussionen und Mobilisierungsfragen im Vordergrund. Rechtsfragen zum politischen Streik und Austausch über das Verhältnis zu Gewerkschaften erhielten nur Raum in einem Workshop am zweiten Tag.

Dass dies kein Zufall, sondern politische Haltung ist, vermittelt u. a. die Darstellung von feministischen Erfolgen in anderen Ländern. So wird als Vorbild insbesondere der Frauenstreik 2018 in Spanien benannt, welcher fünf Millionen Frauen mobilisiert haben soll und wozu auch einzelne Gewerkschaften kurzfristig aufgrund des Drucks ihrer Basis aufgerufen hatten. Sicher, wer mobilisieren will, muss Hoffnung machen und Mut stärken. Aber dass Deutschland ein anderes Streikrecht und eine strukturell andere Gewerkschaftslandschaft hat als Spanien, blieb unerwähnt – mindestens werden so mögliche Stolpersteine auf dem eigenen Weg ausgeblendet.

In Göttingen wurde deutlich der Anspruch transportiert, eben solch einen »spanischen« Druck aufzubauen, dass die DGB-Gewerkschaften den Streik offiziell ausrufen und damit die aktuelle Auslegung zum Verbot des politischen Streiks in Deutschland verändert wird. Ersteres ist wichtig, damit die streikenden Personen keine Repressalien erfahren, zweiteres entbindet Gewerkschaften von Entschädigungsforderungen seitens der Arbeitgeber. Hintergrund hierfür ist, dass in Deutschland – anders als in Spanien – nur Gewerkschaften zum Streik aufrufen können, wenn sie ein tarifierbares Ziel bei einem Tarifpartner anvisieren.

Wir sind viele! Oder?

Das Bündnistreffen vermittelte den Eindruck, dass frau sich mit machtpolitischen, ja legalistischen Fragen nicht aufhalten sollte – was zählt, ist der politische Wille.

Leisten könnten wir uns das aber nur, wenn wir wirklich viele wären, unsere gesellschaftliche und betriebliche Durchschlagskraft dadurch abgesichert wäre und proletarische Frauen die führende Rolle spielen würden: und auch hier scheinen die Einschätzungen auseinander zu gehen. Es ist großartig, wenn es sich aktuell in queerfeministischen Netzwerken so anfühlt, als ob die Zeit reif für etwas richtig Großes ist. Wenn wir jedoch solche drastischen Methoden wie Streiks im Lohnarbeitsverhältnis vor Augen haben, dann sollte das »Los geht's« von lohnabhängigen Frauen und ihren Organisationsformen (z. B. Aktivengruppen, Betriebsgruppen, Ortsgruppen, gewerkschaftlichen Gremien, etc.) kommen. Und das eher im Vorfeld bei der grundlegenden Strategieplanung und nicht als Angebot, auf eine bereits rollende Kampagne aufzuspringen. Insgesamt bedürfte es daher einer längerfristig geplanten Kampagne, als aktuell erkennbar ist. Dezentralisierung und das Setzen auf die kreativen, anarchistischen Kräfte ersetzt keine kollektive, organisierte und vor allem kalkulierte Machtherausforderung.

Es wird verschiedenste Aktivitäten innerhalb der vielfältigen Orte der Gewerkschaften bedürfen, um Mehrheiten für diese Agenda zu gewinnen. Appelle »von außen« sind selten fruchtbar. Gewerkschaftliche Macht muss (langfristig) von innen aufgebaut werden. Vernetzungsmöglichkeiten anzubieten, wie Telefonkonferenzen oder Treffen, sind gute Handreichungen; solange hierdurch jedoch nur wenige GewerkschaftlerInnen aufspringen, liegt dies vielleicht an mehr als nur »politischem Unwillen«.

Sicherlich wird all das nicht verpuffen. Bestimmt werden feministische GewerkschafterInnen an verschiedenen Orten den Ball aufnehmen und weiterspielen, kreativ ausprobieren was bei ihnen machbar ist. Aber wie viel mehr wäre möglich, wenn darauf von vornherein stärker gesetzt worden wäre?

(Re)Vitalisierung der Gewerkschaftsbewegung

Der Gewerkschaftsbewegung täte es gut, sich diesen widerstandslustigen, tatkräftigen Frauen und Queers anzuschließen und die eigenen wütenden Frauen dabei zu unterstützen, vorneweg zu gehen. Anknüpfungspunkte gibt es genug: In den letzten Jahren hat die aktive Teilnahme von Frauen an Tarif- und Betriebsauseinandersetzung stetig zugenommen, ganze Berufsfelder sind weiblich geprägt und unser betriebliches, sowie tarifliches Handlungsrepertoire gibt einiges her (siehe auch den Beitrag von Ingrid Artus in express 11/2018). Und sicherlich gibt es noch Anträge von Gewerkschaftstagen, die proklamieren, dass frau mal das Verbot des politischen Streiks herausfordern müsste.

Ehrenamtliche und hauptamtliche FunktionärInnen könnten daher aktiv auf die jeweiligen lokalen Bündnisse zugehen und das Thema in die Betriebe tragen, bzw. verstärken, was aus den Betrieben hierzu kommt. Aktiv gegen geschlechtsdiskriminierende Strukturen vorzugehen sollte gewerkschaftliche Sache sein. Ziel könnte es sein, von symbolischen Solidaritätsschreiben und dem Schwelen von legalistischen Streiks hin zu kollektiven, kreativen Protestaktionen mit langfristiger Planung zu kommen.

Lokale Hoffnung und gewerkschaftliches Handlungsrepertoire

Es bleibt spannend, was die lokalen Bündnisse in ihrer Region auf die Beine stellen wollen und können. Es bleibt zu hoffen, dass sie an der Verknüpfung zu bestehenden Organisationsformen lohnabhängiger Frauen arbeiten. Kontaktpunkte sind hier eben nicht nur hauptamtliche GewerkschaftlerInnen, sondern Vertrauensleute, Betriebsgruppen, gewerkschaftliche Betriebs- oder Personalräte und konkrete Arbeitskämpfe, die vor allem von Frauen geführt werden.

Selbst Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden ist dabei sicher kein verkehrter Schritt, insbesondere um Forderungen an eben solche direkt zu adressieren. Mitglied in der FAU oder IWW zu sein und an ver.di zu appellieren gilt da einfach nicht.

Insgesamt ist das eigene Lohnarbeitsverhältnis für den Frauen*streik ein guter Ausgangspunkt und eröffnet vielfältige Handlungsmöglichkeiten, die auch unterhalb der Streikgrenze angesiedelt sind. So ist das Gründen einer Betriebsgruppe, die sich des Themas annimmt und versucht, Mehrheiten im eigenen Betrieb dafür zu gewinnen, eine gute Basis für darüber angesiedelte regionale Streik-Komitees.

Überbetrieblich sind auch die gewerkschaftlichen Gremien relevant, denn wie bereits betont, »die DGB-Gewerkschaften« bestehen nicht allein aus hauptamtlichen FunktionärInnen. Tatsächlich werden (je nach Satzung) regelmäßig Wahlen durchgeführt, in welchen sich die Mitglieder in verschiedene Gremien wählen lassen und für die Demokratie in der Organisation stehen. Diese Gremien beschließen Dinge und haben Budgets. Kein schlechter Ort, um Kräfteverhältnisse grundlegend anzugehen. Wenn frau dann auch noch einen mitgliederstarken und kampfbereiten Betrieb dort repräsentiert, umso besser.

Auch offiziell gewählte gewerkschaftliche Vertrauensleute verschaffen dem Anliegen Rückhalt in der Belegschaft. Hier stellt frau vielleicht fest, dass der Funken gar nicht so schnell überspringt wie gedacht, oder dass ganz andere Themen für die KollegInnen relevant erscheinen. Hier gilt es anzusetzen, durch Kontinuität Vertrauen aufzubauen und die Themen herauszufinden, die die Leute in ihrem Alltag beschäftigen.

Vielleicht ist auch der StellvertreterInnenwunsch zu präsent oder die Angst zu groß und die Hoffnung auf langfristige Erfolge zu klein. Denn in Konfrontation zu gehen, etwas zu riskieren, gar zu streiken, das braucht Mut und vor allem gegenseitiges Vertrauen. Das entsteht nicht über Nacht, es ist sehr wahrscheinlich, dass es zunächst niedrigschwellige Aktionen dafür braucht. Dies ist auch sinnvoll, um sich der eigenen Stärke zu vergewissern: Frau sollte sicher sein, dass die KollegInnen mitziehen.

So könnte etwa das gemeinsame Schreiben von Überlastungsanzeigen den Stein ins Rollen bringen, oder sich gegenseitig darin zu bestärken, sich nicht »aus dem Frei« zur Arbeit rufen zu lassen. Aber auch viele symbolische Signale sind um den und am 8. März möglich: Das Tragen z. B. eines Buttons, T-Shirts oder einer bestimmten Farbe verdeutlicht die Größe der Gruppe. Auch ein Informationsstand, Post-its am Spiegel oder einfach nur Plakate an den Informationstafeln können als Anlass für Gespräche genutzt werden.

Eine weitere Aktionsform ist die »Aktive Mittagspause«, die vielfältig genutzt werden kann. Dies ist keine Arbeitszeit und es ist völlig legal, in diesem Rahmen ein politisches Zeichen zu setzen. Vielleicht sogar mit der Nachbarbelegschaft vor dem Firmengelände?!

Um weitere Kreise im Betrieb zu ziehen, könnte die Betriebsgruppe auch versuchen zu bewirken, dass um den/am 8. März Betriebs-/Personalversammlungen einberufen werden. Da dies Arbeitszeit ist, wäre es jedoch das Gegenteil eines Streiks. Für Arbeitgeber ist es jedoch immer ärgerlich, wenn die Leute nicht an ihrem Platz arbeiten. Hierfür ist es hilfreich, aber nicht zwingend notwendig, die eigene gesetzliche Interessenvertretung ins Boot zu holen. Gemeinhin ist diese nämlich für die Einberufung und Durchführung der Versammlung zuständig. Unter bestimmten Umständen können aber auch Beschäftigte und Gewerkschaften eine solche einfordern. Betriebs- und Personalversammlungen können übrigens über mehrere Stunden und sogar Tage gehen. Wer jedoch meint, da das Arbeitszeit ist, hat frau automatisch eine volle Bude, die täuscht sich – kollegiales Sitzfleisch muss frau haben wollen.

Vielleicht kann auch die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte für die Agenda gewonnen werden. Eine Frauenvollversammlung geben z. B. Landesgleichstellungsgesetze her.

Noch eine Schippe obendrauf könnte im Anschluss an die genannten Aktivitäten eine kollektive Demonstrationsteilnahme sein. Hier fängt jedoch bereits der gesetzliche Graubereich an – unsere Chefs können nicht die Länge der Betriebsversammlung festlegen, sie können aber verlangen, dass frau sich nach deren Beendigung unverzüglich an den Arbeitsplatz begibt. Eine kreative (und heikle) Rechtsauslegung ist aber, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung (an einer Demonstration teilnehmen) die Verpflichtungen, die frau mit dem Arbeitgeber durch den Arbeitsvertrag eingegangen ist, »schlägt«. Wie weit ihr euch auch (kollektiv!) aus dem Fenster lehnen wollt – die Demonstration ist immer Freizeit. Wer dies als Arbeitszeit angibt, kann Schwierigkeiten bekommen. Wie diese Schwierigkeiten aussehen, hängt von der Machtlage im Betrieb ab. An sich ist eine Kündigung möglich. Wenn ihr aber so viele seid und die Lage so unübersichtlich ist – dann knickt euer Chef vielleicht ein und gibt sich nicht den Ärger, die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme sowie die Abwesenheitsdauer jeder einzelnen Person zu überprüfen.

Wir können sicher sein, dass es keine offiziellen Streikaufrufe von DGB-Gewerkschaften geben wird, solange wir keine Massenbewegung entfesseln können. Wir können aber regional nach konkreten Arbeitskämpfen Ausschau halten (z.B. Klinikkonzerne, Sozial- und Erziehungsdienst, Einzelhandel etc.), die Streiktage beinhalten – oder selbst welche entfachen: Kreativ muss frau sein, um feministische Forderungen in tarifierbare Themen zu gießen. Vielleicht gründet sich eine Betriebsgruppe, um für einen Haustarifvertrag mit feministischen Themen (z. B. Lohntransparenz, Care-Zulagen etc.) zu kämpfen – und wird von einem regionalen Streikkomitee dabei unterstützt.

Eine gute Möglichkeit, sich Zeit zur Vorbereitung und zur Wissensvermittlung zu verschaffen, sind die gesetzlichen Bildungsurlaube. In fast jedem Bundesland (außer Bayern und Sachsen) gibt es drei bis fünf Tage pro Jahr, die ermöglichen, dass frau

von der Arbeit freigestellt wird und an einem politischen Bildungsprogramm teilnehmen kann.

Fazit

Wenn also der Beitrag zu einem kämpferischen Internationalen Frauen*tag 2019 nicht eine verbal-radikalere Version der Vorjahre sein soll – gepaart mit gehöriger Frustration über »die DGB-Gewerkschaften« – dann braucht es mehr. Es bräuchte eine langfristig angelegte organisierende Kampagne, die nicht aus den eigenen feministischen Reihen von dem ausgeht, was da ist, sondern aktiv versucht Mehrheiten zu gewinnen. Dies bedeutet (im Vorfeld) mühsame und langfristige Bündnisarbeit und es müsste klar sein, dass lohnabhängige Frauen in ihrer Sache selbst führen. Und letztendlich muss gemeinsam festgehalten werden, was die Aktionsform, die Strategie und der Schlachtruf ist. Diese Anstrengungen würden sich für beide lohnen, denn nur eine aktive Gewerkschaftsbewegung ist eine handlungsfähige, und gewerkschaftliche Kämpfe bieten dabei eine Bandbreite an feministischen Handlungsmöglichkeiten.

Artikel von Yanira Wolf, erschienen in [express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#), Ausgabe 1/2019

* Yanira Wolf ist aktiv bei Organisieren, Kämpfen, Gewinnen (OKG) und hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin bei ver.di in Göttingen. Sie empfiehlt das Buch: Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin (Schmetterling Verlag) zum Aufbau einer aktiven Betriebsgruppe.

Der Text scheint nur vordergründig alleine Frauen zu adressieren. Männer sind mitgedacht. Und explizit aufgefordert, sich aktiv an der Überwindung von Geschlechterungerechtigkeit und jeglichem Sexismus zu beteiligen. Im Privaten wie im Beruflichen. Das fängt beim Zuhören an und endet ganz sicher nicht beim Kinderhüten am 8. März.

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frauenstreik 2019: Einfach machen](#)